Beschluss Komplex II: faire und gerechte Gesellschaft

Gremium: Kreismitgliederversammlung
Beschlussdatum: 16.03.2021

Antragstext

Zusammen einander stärken – eine offene Gesellschaft für alle

Täglich begegnen wir in unserem Bezirk Menschen mit verschiedenen Lebensmodellen, Weltanschauungen und Erfahrungen. Menschen aus allen Teilen der Welt leben in Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie setzen sich füreinander ein und heißen Neue willkommen.

Gemeinsam mit diesen Menschen treten wir entschlossen gegen Menschenfeindlichkeit in all ihren Formen ein. Wir haben keinen Platz für Hass und Hetze. Aber wir haben Platz für ein solidarisches Miteinander, dass für die Gleichstellung der Geschlechter kämpft, für die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans, inter und queeren Menschen (LGBTIQ) und für eine menschenwürdige Versorgung von Geflüchteten. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, die fair, solidarisch und gerecht ist.

Unsere wichtigsten Forderungen im Überblick:

- Zukunft des Unternehmer*innenzentrums langfristig sichern
- Eine*n Queerbeauftragte*n für Charlottenburg-Wilmersdorf
- Zentrale Anlaufstellen und Begegnungszentren stärken
- Strategie zur Bekämpfung der Rechten Raumeinnahme
- Konzept zur postkolonialen Erinnerungskultur im Bezirk

Geschlechtergerechtigkeit fördern

Wir wünschen uns ein Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem Menschen aller Geschlechter selbstbestimmt leben können. Frauen bekommen in unserer Gesellschaft immer noch nicht das, was ihnen zusteht – sei es bei Gehältern, Chancen im Beruf, der Aufteilung von Care-Arbeit oder der Teilhabe an politischen Prozessen. Diese Ungleichheit wollen wir weiter abbauen. Die Ausweitung des Hort- und Kita Angebots ist dazu unumgänglich. Nur so kann die gerechte Aufteilung der Hausarbeit und der Kindererziehung zwischen den Elternteilen gelingen. Wir wollen neben der Ansprechstelle bei der Gleichstellungsbeauftrageten im Bezirksamt Initiativen, die sich der Hilfe für "Frauen in Not" verschreiben, unterstützen, um häusliche Gewalt gegen Frauen. Für die Förderung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit von Frauen möchten wir die Zukunft des Unternehmers*innen-Centrum West (UCW) langfristig sichern und modernisieren.

Wir wollen weiterhin, dass der Bezirk seine Richtlinien für Gender Budgeting und Gender Mainstreaming an den aktuellen Stand anpasst. Das im Haushaltsplan eingestellte Geld muss für mehr konkrete Maßnahmen ausgeschöpft werden, die die geschlechtergerechte Verteilung der finanziellen Mittel sichern. In allen

bezirklichen Entscheidungen ist die Dimension Geschlecht, gemäß des Gender Mainstreamings, mitzudenken, sodass die Belange aller Menschen berücksichtigt werden. Initiativen und Vereine, die sich im Bezirk für Geschlechtergerechtigkeit und die Förderung von Frauen einsetzen, wollen wir stärker unterstützen.

Wir möchten, dass das Bezirksamt für eine kostenlose und professionelle Kinderbetreuung während aller BVV- und Ausschusssitzungen sorgt. Auch weitere Gremien wie bezirkliche Elternvertretungen sollten die Möglichkeit bekommen, Kinderbetreuung beantragen zu können. Ohne eine solche Betreuungsmöglichkeit werden Eltern von kleinen Kindern und hier vor allem Mütter in ihrer Arbeit und Beteiligung in der BVV eingeschränkt. Die Abschaffung des eigenen BVV-Ausschusses für Gender Mainstreaming hat sich nicht bewährt. Bei Gremien und Jurys, die der Bezirk einsetzt, streben wir eine paritätische Besetzung an.

Queeres Leben aktiv unterstützen

Es gibt es; das queere Leben im Bezirk - es muss unterstützt und soll auch sichtbarer werden in unseren Kiezen. Queeres Leben ist Teil der Lebenswirklichkeit unserer freien und offenen Gesellschaft. Projekte und Organisationen wie den Dachverband Lesben im Alter im UCW, die Schwulenberatung Berlin und die Projekte Lebensort Vielfalt Charlottenburg sowie die Bibliothek andersherum unterstützen wir und setzen uns dafür ein, mehr LGBTIQ-Projekte und Organisationen nach Charlottenburg-Wilmersdorf zu holen.

Wir wollen aktiv und gezielt Beratungs- und Hilfsangebote für Regenbogenfamilien und queere Jugendliche ausbauen, Angebote für queere Kinder und Jugendliche in Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe schaffen und queeres Wohnen generationenübergreifend unterstützen.Wir setzen uns dafür ein, dass Charlottenburg-Wilmersdorf in Kooperation mit LGBTIQ-Organisationen Wohnen für queere Jugendliche im Bezirk ermöglicht und fördert. Dieses Projekt soll aktiver Teil des Netzwerks Queere Jugendhilfe Berlin werden.

Weiterhin wollen wir neben einer Gleichstellungsbeauftragten auch die Stelle einer* Queerbeauftragte*n in Charlottenburg-Wilmersdorf einrichten. Im Haushaltsplan des Bezirks müssen finanzielle Mittel für LGBTIQ-Projekte eingestellt werden.

Um gezielter gegen Diskriminierung von Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Inter- und queeren Menschen (LGBTIQ) im Bezirk vorzugehen, brauchen wir einen queeren Aktionsplan mit klaren Verpflichtungen seitens des Bezirks und ein Konzept zur Gewaltprävention und Schutz vor LGBTIQ-Feindlichkeit. Wir müssen Betroffenen Hilfe anbieten und ihnen zeigen, dass sie nicht allein sind. Darüber hinaus wollen wir Initiativen wie das Register-Charlottenburg-Wilmersdorf, MANEO und L-Support unterstützen und mit ihnen verstärkt zusammenarbeiten.

Willkommenskultur leben und stärken

Das überwältigende Engagement der Menschen in unserem Bezirk trägt wesentlich zu einer menschenwürdigen Versorgung der Geflüchteten bei, die in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Not- und Gemeinschaftsunterkünften leben. Allen Menschen mit Fluchterfahrung wollen wir ein sicheres und würdevolles Leben bieten können. Um dies zu erreichen braucht es mehr zentrale Anlaufstellen sowie

Begegnungszentren für Geflüchtete als auch für Unterstützer*innen wie die Ulme 35, das Haus der Nachbarschafft oder das Pangea Haus.

Wir wollen so die Beratungslandschaft im Bezirk dauerhaft verbessern.

Zudem müssen die Qualitätsstandards in den Unterkünften für Geflüchtete verbessert werden. Besonders dem Schutz von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen sind wir besonders verpflichtet. Ihre Unterbringung muss für die zuständigen Stellen transparent erfolgen, sodass eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Jugendamt, Schulverwaltung, sozialen Trägern und ehrenamtlichen Unterstützer*innen ermöglicht wird. Das Recht der jungen Geflüchteten auf einen Schulbesuch und auf eine qualifizierte Ausbildung muss schnell und unbürokratisch realisiert werden. Dazu müssen kostenlose Angebote für Sprachunterricht und Hausaufgaben-/Nachhilfe geschaffen werden.

Projekte und Angebote, die der Vielfalt und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Flucht-, Migrations- und Diskriminierungserfahrungen dienen, müssen langfristig über den Bezirkshaushalt unterstützt werden.

Darüber hinaus wollen wir die Kompetenzen des Migrationsbeirats im Bezirk im Rahmen der Neufassung des Partizipations- und Integrationsgesetzes auf Landesebene erweitern.

Gemeinsam gegen Hass und Hetze

Die Neue Rechte versucht verstärkt in Charlottenburg-Wilmersdorf Raum einzunehmen und sich in Form von Vereinen, Initiativen und Projekten hier anzusiedeln. Als Grüne stellen wir uns jeder Form von Hass und Hetze entgegen. Wir lassen den Rechten in unserem Bezirk keinen Fußbreit! Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk auf diese Strategie der Rechten Raumeinnahme aufmerksam macht und diese Problematik ernsthaft angeht. Dazu wollen wir Bündnisse und Organisationen aktiv unterstützen und Anlaufstellen wie die Registerstelle Charlottenburg-Wilmersdorf bekannter machen. Die Verwaltung muss antifaschistische Zivilgesellschaft gezielt unterstützen. So kann die Alltagsdiskriminierung in unserem Bezirk besser erfasst und gezielter gegen sie vorgegangen werden.

Weiterhin braucht es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Meldeportal REGISTER , der Polizei, dem Ordnungsamt Charlottenburg-Wilmersdorf und der mobilen Beratung gegen Rechts, um auf Rassismus und rechte Strukturen im Bezirk aber auch in den Reihen von Polizei und Strafverfolgung selbst aufmerksam zu machen. Wir wollen mit einer unabhängigen Beschwerdestelle beim Bezirksamt den Menschen helfen, die Diskriminierung erfahren haben. Wir wollen diese personell und finanziell so ausstatten, dass sie auch handlungsfähig ist und geschulte Mitarbeiter*innen für diese Stelle anwerben.

Barrierefreiheit in allen Bereichen

Menschen mit Behinderung erleben in unserem Bezirk täglich Hürden verschiedenster Art. Diese wollen wir abbauen und Charlottenburg-Wilmersdorf zu einem barrierefreien Bezirk umgestalten. Dazu gehört, dass der Bezirk eine barrierefreie Infrastruktur schafft. Zum Beispiel durch Indoor-Navigationssysteme, die sehbehinderte Personen unterstützen. Weiterhin soll eine einfache Beantragung von Mitteln zur Gebärdendolmetschung von Sitzungen selbstverständlich werden.

Behindertenpolitik muss endlich als Querschnittsthema bearbeitet werden. Dafür wollen wir unter anderem die verbindliche Nutzung der im Bezirk bereits eingeführten Behinderten-Gleichstellungs Checkliste (Disability-Mainstreaming-Checklist). Im Bausektor und im öffentlichen Verkehr muss Barrierefreiheit für Sehbehinderte, Gehörlose und sowohl für körperlich als auch geistig Beeinträchtigte von Anfang an mitgedacht werden.

Um Mehrfachdiskriminierungen im Bezirk gezielt intersektional zu bekämpfen,braucht es einen verstärkten Austausch zwischen Integrations-, Gleichstellungs-, Queer- und Behindertenbeauftragten, in den betroffene Personen miteinbezogen werden.

Postkoloniale Erinnerungskultur im Bezirk umsetzen

Kolonialverbrecher*innen verdienen keine Ehrung im öffentlichen Raum. Deshalb wollen wir Straßen und Plätze, die Kolonialverbrechen verherrlichen, umbenennen. Diese Orte sollen durch eine dafür eingerichtete Kommission identifiziert werden. An umbenannten Straßen und Denkmälern sollen Erinnerungstafeln den historischen Kontext dieser Orte aufzeigen. Analoge Informationen vor Ort sollten mit digitalen Möglichkeiten z.B. über QR-Codes verbunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bezirk auf seiner Website eine Karte mit Informationen zu den betroffenen Orten einrichtet.

Neben Erinnerungstafeln sollen auch aktiv nutzbare Lernpfade insbesondere auch für Kinder geschaffen werden, um nicht nur zu historischen Kontext zu informieren, sondern sie auch erlebbar zu machen. So können, von Kindesbeinen an, ein verantwortungsvoller Umgang und ein Bewusstsein für diese Thematik gefördert werden.

Wir wollen Orte der kritischen Auseinandersetzung schaffen, um den Zusammenhang zwischen Menschenrechten, Rassismus und Diskriminierung mit den Ursachen für Flucht zu verknüpfen und die kapitalistischen Machtbeziehungen in der heutigen postkolonialen Welt zu hinterfragen. Die Volkshochschule und die neue Zentralbibliothek sollten hierfür als Begegnungsorte und kritische Bildungszentren genutzt werden. Außerdem möchten wir das Bezirksmuseum dabei unterstützen, eine Ausstellung zur Kolonialgeschichte Charlottenburg-Wilmersdorfs zu konzipieren.

Eine zukunftsfähige Bildung für alle Familien

In unseren Bildungseinrichtungen werden bereits im jüngsten Alter die Weichen für den weiteren Lebensweg gestellt. Wir wollen ein Charlottenburg-Wilmersdorf, in dem jedes Kind von Anfang an eine Chance erhält und in dem der Erfolg in Kita und Schule nicht von der sozialen Herkunft abhängt. Grüne Bildungspolitik setzt

daher darauf, Bedingungen für das Lernen zu schaffen, in denen kein Kind zurückgelassen wird.

- Wir stärken die frühkindliche Bildung durch mehr Ausbildungsplätze für Erzieher*innen, Kita-Neubauten, Kita- Sanierung.
- Wir gestalten Schule zukunftsfähig durch schnelles Internet, IT-Technik, IT-Spezialist*innen. Wir bauen und sanieren Schulen.
- Wir wollen in Kitas und Schulen regionales Bio-Essen. Wir fördern Projekte zur Klimakrise.
- Wir stärken die Beteiligung von Kindern und Familien durch einen Etat pro Schule, über den Schüler*innen verfügen können, Stärkung des Kinder- und Jugend-Büros und der Elternvertretungen, Unterstützung des Kinder- und Jugendparlaments.
- Kinder können sich sicher im Bezirk bewegen durch Schulstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche sowie sichere Schul- und Kitawege.
- Kinder und Familien bekommen mehr Platz im öffentlichen Raum durch neue Spielplätze, grüne Plätze, Spielstraßen.
- Die Verwaltung wird familienfreundlicher und einfacher durch ein Familien-Servicebüro.

Frühkindliche Bildung stärken

Um für die Kitas mehr Erzieher*innen zu haben und einen besseren Betreuungsschlüssel zu erreichen, sollen Erzieher*innenschulen mehr Ausbildungsplätze bekommen. Wir wollen im Bezirk mehr für pädagogische Berufe werben - auch um Quereinsteiger*innen.

Die Kitaplätze in Charlottenburg-Wilmersdorf reichen noch nicht aus. Um genügend Plätze zur Verfügung stellen zu können wollen wir Kitas neu bauen und bestehende Kitas sanieren. Bei allen Bauprojekten im Bezirk soll geprüft werden, ob auch neue Kitaplätze und Indoorspielplätze geschaffen werden können - wie bei der „Modularen Unterkunft für Flüchtlinge“ (MUF) Quedlinburger Straße erfolgreich geschehen.

Bei Kitaneubauten dürfen keine Flächenkonkurrenzen zu öffentlichen Grünflächen, Spielplätzen oder mit anderen sozialen Einrichtungen entstehen! So konnte in dieser Wahlperiode erst der massive Widerstand von Eltern, Kindern und der grünen Partei die SPD-geführte Jugendabteilung von ihrem Vorhaben abhalten, ausgerechnet den Abenteuerspielplatz im Güntzelkiez (für Kita- und Verwaltungszwecke) zu bebauen. Die Suche nach geeigneten bereits versiegelten Flächen wie Straßen oder Parkplätzen , die für Kita-Neubauten umgewidmet werden können, muss verstärkt werden.

Bildung zukunftsfähig und gerecht gestalten

Corona hat uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung unserer Schulen ist und welche Potenziale sie birgt. Digitale Formate bedeuten nicht nur Lernen von Zuhause, sondern bringen auch einen großen Mehrwert für den Unterricht in Präsenz. Für die Schulen wollen wir ein an der Schüler*innenzahl orientiertes

IT-Budget ergänzend zum herkömmlichen Schulbudget bereitstellen, um die digitale Ausstattung der Schule fortlaufend auf einem optimalen Stand halten zu können. So sollen unter anderem Schüler*innen und Lehrer*innen Zugang zu Tablets und Laptops bekommen. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, weil digitale Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Darüber hinaus sollen Lehrer*innen IT-bezogene Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten, um den digitalen Herausforderungen des Schulaltags gewachsen zu sein.

Wir wollen vorhandene Schulgebäude in unserem Bezirk sanieren und Schulen bauen, um für mehr Schüler*innen genug Schulplätze zu haben. Statt maroder Schulen wollen wir eine moderne Schulinfrastruktur.
Bei Sanierungen und Neubauten streben wir Klimaneutralität und Barrierefreiheit an.

Wir verstehen Schule als ein Raum für Schüler*innen, indem sie sich frei entfalten und erproben können. Dies beginnt bereits bei Umbauten und Erweiterungsbauten bei denen die Schulgemeinschaften, insbesondere Schüler*innen durch Partizipations-Workshops eingebunden werden, damit sie nicht nur lernen eine eigene Meinung zu vertreten, sondern auch Selbstwirksamkeit erfahren. Nur so können alle Wünsche und Vorstellungen an eine Schule für alle berücksichtigen und auf einem demokratisches Fundament gebaut werden.

Unser Bildungssystem verfestigt gesellschaftliche Ungleichheit und benachteiligt vorallem Kinder aus migrantischen oder bildungsfernen Familien. Mit der Einführung von Gemeinschaftsschulen hat sich Berlin dabei auf den Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit gemacht. Daher sollen auch bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf weitere Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe entstehen, damit für mehr Schüler*innen das gemeinsame Lernen während der gesamten Schulzeit wählbar wird. Die Entstehung oder Umwandlung von Schulen zu Gemeinschaftsschulen wollen wir fördern und unterstützen.

Saubere Schulen sind Grundlage einer angenehmen Lernatmosphäre. Dafür wollen wir den Einstieg in die Rekommunalisierung der Schulreinigung modellhaft an einigen Standorten erproben. Sobald die Finanzierung durch das Land Berlin gesichert ist, sollen dann schrittweise nach Tarif und im öffentlichen Dienst beschäftigte und den Schulen zugeordnete Reinigungskräfte die Arbeit übernehmen. Wir wollen, dass gesellschaftlich wertvolle Arbeit angemessen bezahlt wird.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Bildungseinrichtungen und Initiativen des Bezirks soll weiter verstärkt werden, um Kindern und Jugendlichen ein möglichst breites Angebot zur persönlichen Interessenbildung und -entwicklung bieten zu können. Dazu muss das außerschulische Angebot der Die Gartenarbeitsschule, der die Jugendverkehrsschule und die Jugendkunstschule, sowie der Musikschulen im Bezirkt gestärkt werden. Darüber hinaus soll ein Konzept entwickelt werden, wie Kinder und Jugendliche sich auch im sozialen Bereich mehr im Bezirk engagieren und einbringen können, um so Verantwortung und das soziale Miteinander zu lernen. Zudem sollen überregionale Angebote wie z.B. Demokratie lernen & leben bekannter gemacht werden.

Kitas und Schulen ökologisch entwickeln

Um die Qualität des Mittagessens in den Einrichtungen zu verbessern, sollen verwendete Lebensmittel Bio, saisonal und regional und weitestgehend pflanzlich sein.

Das Kochen vor Ort, die Essenszubereitung als Thema für Kinder, das gemeinsame Arbeiten im (Schul-)Garten und der Gartenarbeitsschule sowie Exkursionen auf Bio-Bauernhöfe ins Umland sollen Kindern ein Bewusstsein für gesundes, insbesondere pflanzliches Essen und seine Herkunft vermitteln.

Mit der Bewältigung der Klimakrise hinterlassen wir den Kindern und Jugendlichen eine riesige Aufgabe. Dass sie in der Schule kaum thematisiert wird, passt damit nicht zusammen. Deshalb müssen Projekte zum Thema Klimakrise gefördert werden. Hierbei kann die Unterstützung durch die Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung genutzt werden, zum Beispiel zum Thema Erneuerbare Energien, Fairer Handel oder "Essen macht Schule".

Um die Öko-Bilanz von Kitas und Schulen zu verbessern, müssen mehr Freiflächen von Pflaster oder Asphalt befreit werden. So wird gemeinschaftliches Gärtnern möglich. Schulen sollen Solardächer und energiesparende Heizsysteme bekommen.

Alle Bildungseinrichtungen sollen sich für den Stadtteil öffnen und den Austausch untereinander und mit der Nachbarschaft verstärken, um das soziale Miteinander zu fördern.

Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Eltern stärken

Wir wollen den Schüler*innen-Haushalt fest in unserem Bezirk verankern und Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, selbst über einen eigenen Etat pro Schule zu verfügen. Dafür sind die finanziellen Mittel in den Bezirkshaushalt einzustellen und die pädagogische Begleitung durch die Servicestelle Jugendbeteiligung zu gewährleisten.

Elternvertretungen in Schule und Kita, sowie auf Bezirksebene leisten eine wichtige Arbeit in unserem Bezirk. Wir wollen ihre Arbeit stärken und ihnen eine hauptamtliche Ansprechperson und Räume im Bezirksamt zur Verfügung stellen.

Wir fördern die Kinder- und Jugendbeteiligung durch ein eigenes Büro und die Unterstützung des Kinder- und Jugendparlamentes. Ihre Beschlüsse werden in der Bezirksverordnetenversammlung diskutiert und beschieden.

Wir stärken die Arbeit der Integrationslots*innen und setzen uns für mehrsprachige Angebote ein, um mit der Beratung und Arbeit der Integrationslots*innen möglichst viele Menschen zu erreichen. Dafür ist eine hochwertige Qualifizierung notwendig.

Wir wollen Kinder und Jugendliche vor Kriminalität und Gewalt schützen. Deshalb unterstützen wir Projekte des bezirklichen Präventionsrates gegen Gewalt, damit sie weder Opfer noch Täter*innen werden.

Starke Jugendfreizeiteinrichtungen sind erster Anlaufpunkt, um eigene Interessen zu entdecken und zu entwickeln. Kinder aus ressourcenarmen Familien profitieren davon besonders.

Kinder können sich selbständig im Bezirk bewegen

Wir wollen, dass sich alle Kinder im Bezirk sicher bewegen können. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen rund um Kitas und Schulen. Wir unterstützen

Initiativen, die temporäre Spiel- und Schulstraßen und verkehrsberuhigte Bereiche fordern und organisieren.

Wir haben alle Schulen im Bezirk auf die Schulwegsicherheit untersucht. Wir setzen die empfohlenen Maßnahmen um und wollen regelmäßig in Absprache mit den Schulen die Lage neu bewerten und prüfen, ob erneut Handlungsbedarf besteht.

Wir unterstützen es, wenn Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule oder zur Kita kommen. Dafür wollen wir die Jugendverkehrsschulen stärken und die Mobilitätserziehung in den Schulen und in den Kitas weiterentwickeln, damit Schüler*innen und Kitakinder sich auf ihren Wegen sicher im Straßenverkehr zu bewegen wissen. Hierfür sollen die Jugendverkehrsschulen ihre täglichen Öffnungszeiten erweitern und auch am Wochenende für Familien zugänglich sein.

Eine bessere Radinfrastruktur ist für die Mobilitätswende notwendig. Dafür schaffen wir ausreichend Radabstellplätze und Fahrradreparaturstationen rund um Schulen und Kitas; und kontrollieren Verstöße durch das Ordnungsamt.

Mehr Grün und mehr Platz im öffentlichen Raum für Kinder, Jugendliche und Familien

Der Bezirk hat gute, aber viel zu wenige Spielplätze! Der verdichtete Innenstadtbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat gegenwärtig ein großes Flächendefizit bei Spielplätzen (Richtzahl: 1m² pro Einwohner, in CW: 0,47 m²) und steht damit an zweitschlechtester Stelle aller Bezirke in Berlin! Vorhandene Spielplätze müssen erhalten bleiben und neue geschaffen werden! Die Qualität der Spielplätze ist deutlich verbessert worden. Weit mehr als die vom Senat zugewiesenen Spielplatzsanierungsmittel konnte das Grünflächenamt in den vergangenen Jahren in die Instandhaltung investieren, indem es auf die nicht verausgabten Mittel aus anderen Bezirken zugreifen konnte.

Wir wollen mehr Orte für Kinder und Jugendliche draußen schaffen. Dazu müssen Straßen in Spielplätze umgewidmet werden, in temporäre und dauerhafte Spielstraßen und grüne Plätze.

Jugendeinrichtungen müssen so unterstützt werden, dass sie länger öffnen können. Jugendpartyräume müssen auch am Abend zur Verfügung stehen.

Auf öffentlichen Flächen und in der Nähe von Spielplätzen sollen ausreichend viele Bänke, Wasserspender und barrierefreie Toiletten vorhanden sein.

Die öffentliche Nutzung von Kleingartenanlagen soll verstärkt werden.

Familienfreundliche Verwaltung

Berliner Familien sind genervt von einer langsamen Bürokratie und komplizierten Verwaltungsverfahren. Wir wollen Familien bei der Antragstellung unter die Arme greifen, in dem wir ein Familienservicebüro etablieren. Darin sollen sämtliche familienbezogenen Leistungen zentral und mehrsprachig beantragt werden können. Dadurch ersparen wir Familien unnötige Wege und Kopfschmerzen.

Das Haus der Nachbarschaft und die Ulme 35 sind Leuchttürme in unserem Bezirk, die für zivilgesellschaftliches Engagement und nachbarschaftliche Hilfe stehen. Wir wollen beide Institutionen fördern, für die Zukunft sichern und unterstützen den Ausbau von Angeboten für Nachbar*innen und geflüchtete Menschen.

Wir wollen Verwaltungsprozesse nicht nur beschleunigen, sondern auch digitalisieren, damit man bequem von Zuhause aus Leistungen beantragen kann. Dafür machen wir uns im Bezirk und auf Landesebene stark. Auch in Krisenzeiten müssen unsere Verwaltungen und Schulen arbeitsfähig bleiben, dafür muss in guten Zeiten Vorsorge geleistet werden. Der Jugendgesundheitsdienst und die Erziehungsberatungsstellen sollen so ausgestattet werden, dass auch in Krisenzeiten kein Kind zurückgelassen wird.

Das soziale Miteinander & Gesundheitsversorgung stärken

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein vielfältiger und beliebter Bezirk. Im Berliner Vergleich ist der Anteil ökonomisch besser gestellter Menschen sehr hoch – aber zwischen Charlottenburg-Nord und Grunewald gibt es große Unterschiede. Diese sozialen Ungleichheiten wollen wir ausgleichen.

Unsere wichtigsten Projekte für die kommende Wahlperiode sind:

- den öffentlichen Gesundheitsdienst besser personell und digital ausstatten
- generationenübergreifende Stadtteiltreffs entwickeln
- Erwerbslosigkeit durch (Weiter-)Bildung verhindern - Erwerbslosen Perspektiven aufzeigen
- Wohnungslosigkeit vorab durch niedrigschwellige Hilfen vermeiden
- Drogenabhängige nicht kriminalisieren, sondern unterstützen - einen Drogenkonsumraum im Bezirk errichten

Gesundes Leben und aktivierende Sozialpolitik

Gesundheit ist nach grünem Verständnis körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Es entsteht durch Teilhabe am sozialen Leben und Selbstbestimmung aller Menschen - unabhängig von Einkommen und sozialem Status. Deshalb setzen wir uns für gerechte Lebensbedingungen und eine kieznahe Versorgung ein. In Bezirksregionen wollen wir medizinische, pflegerische und psychosoziale Hilfen verzahnen – unter aktiver Einbeziehung aller Beteiligten: der Anbietenden und der Nutzenden. Die Stärkung der Gesundheitskompetenz und die Verhinderung von Krankheiten oder deren Verschlechterung stehen dabei im Zentrum.

Nachhaltige Gesundheit entsteht im alltäglichen Leben. Gesundheitsförderung ist deshalb ein Querschnittsthema aller politischen Ressorts: nachhaltige Klima- und Umweltpolitik, eine menschengerechte und Bewegung fördernde Verkehrswende, gutes einkommensunabhängiges Wohnen, umfassende Barrierefreiheit – damit wollen wir die Lebensbedingungen aller Generationen verbessern.

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie notwendig ein gut organisierter und gut ausgestatteter Öffentlicher Gesundheitsdienst ist. In den letzten Jahrzehnten konnten die bezirklichen Gesundheitsämter infolge der Personaleinsparungen mühsam nur noch ihre Pflichtaufgaben erfüllen. Dabei haben sie neben den hoheitlichen Aufgaben wie der Überprüfung von Hygienestandards und Epidemiebekämpfung das Potential zur aktiven Gesundheitsförderung der Bevölkerung. Um das zu erreichen, wollen wir die Personalausstattung verbessern, auch durch Beschleunigung der Einstellungsverfahren, und für die Ausstattung mit notwendiger Computertechnik sorgen.

Zur bezirklichen Gesundheitsplanung werden die Kompetenzen der Organisationseinheiten für Qualitätssicherung, Planung und Koordination (QPK) gestärkt. Das Gesundheitsamt unterstützt alle im Bezirk lebenden Menschen in ihrer Gesundheit – unabhängig vom Aufenthaltsstatus und ihrer Berufsausübung. Die Verwaltung soll auf Grundlage der Gesundheits- und Sozialdaten des Bezirks gezielte Angebote zur Förderung der Bewegung, der Zahngesundheit und der gesunden Ernährung erarbeiten und umsetzen. Sie arbeitet mit Anbieter*innen von Gesundheits- und Sozialleistungen zusammen und bestimmt über die Finanzierung und Aufgabenstellung.

Nach dem Vorbild des „Hauses des Säuglings“ im Rathaus Charlottenburg wollen wir Beratungsangebote für Familien mit Kindern im ganzen Bezirk örtlich und zeitlich schnell zugänglich, unter besonderer Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Lagen ausbauen. Hausbesuche nach Geburten werden allen Familien angeboten.

Die psychosoziale und psychiatrische Versorgung wollen wir weiter verbessern. Der bezirkliche Gesundheitsdienst soll sicherstellen, dass Hilfen insbesondere bei sexualisierter Gewalt angeboten wird. Die Beratung queerer Menschen durch die im Bezirk ansässigen gemeinnützigen Träger wird gefördert und ausgebaut.

Gesund und aktiv älter werden

In Charlottenburg-Wilmersdorf leben sehr viele ältere Menschen: berlinweit hat der Bezirk den zweitgrößten Anteil von Personen, die hundert Jahre und älter sind. Viele Senior*innen erfreuen sich lange guter Gesundheit und engagieren sich gerne ehrenamtlich. Sie brauchen mehr Wohn- und Pflegeangebote, die einen möglichst langen Verbleib im vertrauten Quartier fördern und sichern. Wir wollen, dass der Bezirk eine eigene Bedarfsplanung für pflegerische und pflegepräventive Angebote unter Einbezug des Ehrenamtes zum möglichst langen Erhalt der Selbstständigkeit von Betroffenen erarbeitet.

Der Ausbau der Tagespflege und die Förderung ambulanter Pflegeangebote tragen genauso wie der Erhalt und Ausbau von Gesundheitszentren, Senior*innenclubs, generationenübergreifenden Nachbarschaftstreffs und Gemeinschaftsgärten zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei. In Wohngemeinschaften kann trotz Personalmangel eine gute Pflegequalität bei Erhalt privater Häuslichkeit gewährleistet werden. Wir wollen, dass bezirkliche Einrichtungen und Pflegeheime mit kostenlosem WLAN-Anschluss ausgestattet werden, bei Bedarf sollen Schulungen zur Nutzung angeboten werden. Wir wollen die bezirklichen Seniorentreffpunkte zu Stadtteilclubs mit einem Diversity-Ansatz erweitern. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen durch auf sie abgestimmte Angebote ausdrücklich zur Teilnahme angesprochen werden.

Die Arbeit der bezirklichen Pflegestützpunkte im Bezirk wollen wir stärken, auch bei der Entlastung von versorgenden Angehörigen. Interkulturelle Angebote und kultursensible Pflege sollen gezielt gefördert werden. Heime und Pflegewohngruppen sollen durch Öffnung in die Quartiere präsent und zugänglich sein. Bedarfsgerechte Modernisierungen und die Entwicklung von Mindeststandards für Pflege- und Wohnangebote, auch für alternative Wohnformen, wollen wir erleichtern und langfristig sichern.

Die derzeitige Entwicklung der bezirklichen Pflegeeinrichtungen und Senior*innenhäuser der Wilmersdorfer Seniorenstiftung sehen wir mit großer Sorge. Aktuell hat die Stiftung den Vertrag über das Pflegeheim in der

Lentzeallee und ein weiteres Gebäude in der Schweinfurthstraße gekündigt. Wir wollen die verbliebenen Einrichtungen erhalten. Das muss auf solider finanzieller Basis geschehen. Unser Ziel ist der dauerhafte Erhalt der Senior*innen- und Stadtteilclubs.

Mit der in 2019 eingerichteten Koordinationsstelle für Altenhilfe und Geriatrie wollen wir regelmäßig Altenhilfepläne erarbeiten, um vorhandene Angebote zu erfassen und Versorgungslücken und neue Bedarfe für die Versorgung von älteren Menschen aufzuzeigen. Dazu gehört die Analyse der bezirklichen Altersstruktur nach Quartieren und sozialer Lage. Die Angebote im Rahmen des Projekts „Demenzfreundliche Kommune“ wollen wir im Zusammenwirken von Bezirksamt und Pflegeeinrichtungen weiter ausbauen.

Gutes Miteinander in Charlottenburg-Wilmersdorf

Unser Bezirk lässt niemanden zurück, weder Erwerbslose, Wohnungslose, Alleinerziehende noch andere Menschen, die Hilfe brauchen. Für sie alle ist das Bezirksamt eine Anlaufstelle. Ihnen zugewandt nimmt die Verwaltung ihre Aufgaben in der Daseinsvorsorge unkompliziert und bürgernah wahr. Die in der Corona-Pandemie umgesetzten vereinfachten Verfahren machen deutlich, wie flexibel die Verwaltung sein kann. Diesen Ansatz wollen wir dauerhaft nutzen, um den bürokratischen Aufwand zu minimieren und schnelle und effektive Hilfe zu geben. Der direkte Kontakt zu den Leistungsempfänger*innen soll dabei im Mittelpunkt stehen.

Viele Erwerbslose im Bezirk haben keine Ausbildung oder gar keinen Schulabschluss. Für sie ist es schwer, im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Umso mehr muss rechtzeitig die Möglichkeit eines Abschlusses gefördert werden. Mit den Jugendberufsagenturen, die integriert mit Jobcenter und Jugendamt zusammenarbeiten, ist es bereits gelungen, mehr Jugendliche und junge Erwachsene in eine Ausbildung zu bringen. Diesen Weg wollen wir fortführen und dabei stärker Social Media für die Kontaktaufnahme nutzen.

Erwerbslose bekommen im Jobcenter Hilfe. Für die Unterstützung von Langzeiterwerbslosen setzen wir auf Projekte, von denen Erwerbslose und die Gesellschaft profitieren können. Durch Nutzung von Bundes- und Landesmitteln wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, die notwendige Kenntnisse für neue Berufe vermitteln.

In der laufenden Wahlperiode haben wir die Stelle einer Ombudsperson im Jobcenter initiiert. Sie ist unabhängig, kann Bescheide erläutern und in Streitfällen vermitteln. Damit haben wir eine Möglichkeit geschaffen, jenseits aufwändiger Widersprüche oder Klagen Probleme zu lösen. Das wollen wir fortsetzen und die bislang ehrenamtliche Stelle professionalisieren.

Die Schuldner*innen- und Insolvenzberatung des Bezirks wurde durch zusätzliche Landesmittel personell aufgestockt. Diese Mittel werden auch zukünftig gebraucht, um die langen Wartezeiten auf eine Beratung zu verkürzen. Gerade in den Zeiten der Corona-Pandemie geraten viele Menschen in finanzielle Not, für deren Ausweg sie professionelle Unterstützung benötigen. Die Schuldner*innen- und Insolvenzberatung soll auch präventive Beratungsangebote unterbreiten, um Schuldenfallen vorzubeugen.

Vom ehrenamtlichen Engagement im Bezirk profitieren viele Menschen. Der Einsatz in Vereinen, Glaubensgemeinschaften, Nachbarschaftsinitiativen und lockeren

Zusammenschlüssen in Interessengemeinschaften fördert sozialen Zusammenhalt und Gemeinsinn. In der Coronakrise wird die Hilfsbereitschaft, z.B. bei der Übernahme von Einkäufen, wieder deutlich. Wir wollen, dass das Bezirksamt diesen Einsatz verstärkt unterstützt, etwa durch die aktive Vermittlung Interessierter an Organisationen und Initiativen im Bezirk. In der Freiwilligenagentur können sich jetzt schon Menschen von jung bis alt melden, um sich im Bezirk zu engagieren. Auch das "Junge Engagement Charlottenburg-Wilmersdorf" wollen wir im Rahmen der Freiwilligenagentur fortführen, um gezielt Jugendliche und junge Erwachsene anzusprechen. Nachbarschaftszentren wie das Haus der Nachbarschafft in Wilmersdorf oder das Haus am Lietzensee in Charlottenburg werden wir weiter fördern und die Aktivitäten unterstützen.

Wege aus der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Durch die massiv wachsende Wohnungsknappheit werden immer mehr Menschen von Wohnungslosigkeit bedroht. Das ist nicht nur eine massive Belastung, sondern der Weg in eine lebensgefährliche Obdachlosigkeit, aus der ein Ausstieg sehr schwer ist. Daher wollen wir alle nur möglichen Maßnahmen ausschöpfen, um den Verlust der Wohnung im Vorfeld zu vermeiden. Dazu gehört eine aufsuchende Beratung über möglichen Wohnungsverlust bei Mietrückständen und eine Vereinbarung über die Übernahme der Mietzahlungen bei Menschen, die Leistungen der Grundsicherung oder Sozialhilfe empfangen.

Im Bereich der Kältehilfe sind nicht nur ausreichend viele Plätze bereitzustellen, sondern auch betreute Wohnformen anzubieten, die obdachlos gewordenen Menschen Wege in ein selbstständig organisiertes Leben erleichtern. Dazu wollen wir neben dem bewährten Wohnprojekt in der Güntzelstraße 4 weitere Projekte einrichten.

Unser Ziel ist es, dass alle Unterkünfte für Wohnungslose Mindeststandards wie die Ausstattung mit WLAN – berlinweit - aufweisen. Gemeinsam mit dem Landesamt für Gesundheit und Soziales wollen wir erreichen, dass der Bezirk zukünftig weniger Hostels zur Unterbringung von Wohnungslosen nutzen muss. Stattdessen wollen wir das Konzept des "Housing First" anwenden und Wohnungslosen eine Unterkunft oder Wohnung mit eigenem Mietvertrag anbieten.

Auch die präventive Arbeit wollen wir stärken. Den Aufbau der integrierten Fachstellen zur Prävention von Wohnungslosigkeit unterstützen wir und wollen ihn in der kommenden Wahlperiode fortsetzen, damit die Hilfe greifen kann, bevor Wohnungslosigkeit entsteht.

Um obdachlosen Personen ein Mindestmaß an Hygiene zu ermöglichen, wollen wir uns als Bezirk für einen flächendeckenden Ausbau an öffentlichen und kostenlos zugänglichen Toiletten einsetzen. Für das harte Leben auf der Straße muss wenigstens eine sanitäre Grundausstattung – insbesondere für Frauen und menstruierende Personen - gewährleistet seien, dazu gehört etwa der Zugang zu Menstruationsprodukten.

Suchtprävention und Selbstbestimmung

Wir wollen eine Drogenpolitik durch Aufklärung und Unterstützung statt pauschaler Kriminalisierung. Abhängige brauchen Unterstützung, keine Sanktionierung. Die soziale Arbeit mit Konsument*innen muss vernünftig und akzeptierend sein, fokussiert auf die Wirkung statt auf die willkürliche Trennung zwischen legalen und illegalen Drogen. Dabei müssen wir verstärkt auch

sogenannte nichtstofflich gebundene Abhängigkeiten, wie etwa Glücksspiel und Internet, in den Blick nehmen. Prävention ist effektiver als Heilung.

Dort wo sich Konsument*innen treffen, herrschen oft menschenunwürdige Zustände. Am Bahnhof Zoo wurde mit dem Hygienecenter zumindest etwas Abhilfe geschaffen. Hier müssen aber noch mehr Angebote entstehen, die den Konsum unter hygienischen Bedingungen ermöglichen. Die sozialen Bedarfe sind bei den großangelegten Planungen für die städtebauliche Umgestaltung des Zoo-Areals mit einzubeziehen.

Wir setzen uns weiterhin für einen festen Drogenkonsumraum im Umfeld des Stuttgarter Platzes ein und begrüßen die Planung eines Konsumraumes am Bahnhof Charlottenburg. Im Drogenkonsumraum können gebrauchte Spritzen sicher entsorgt werden und gefährden nicht die Umgebung. Zur Reduzierung von Gesundheitsgefahren wollen wir auch im Bezirk das Angebot schaffen, Substanzen vor dem Konsum auf ihre gesundheitliche Sicherheit prüfen zu lassen.

Die Aufklärung über die Gefahren auch legaler Drogen wie Alkohol oder Tabak soll ausgeweitet werden. Der Bezirk muss Hilfs- und Beratungsangebote offensiver bewerben. Aufklärungsangebote an Schulen müssen ausgeweitet werden und über eine bloße Tabuisierung hinausgehen. Gefahren und Risiken sollen ebenso wie der Weg in ein adäquates Konsumverhalten dargestellt werden. Dabei muss eine ehrliche Aufklärung über die gesundheitlichen Folgen unabhängig vom Status der Legalität stattfinden.